

Anlage zu IA 10.12 DV zur Einrichtung eines Hinweisgeberschutzsystems im BIBB
(DV Whistleblowing)

**Information zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gemäß Art. 13 und 14
Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) im Zusammenhang mit der Bearbeitung von
Meldungen nach dem Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG)**

Über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch das Bundesinstitut für
Berufsbildung (BIBB) im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Meldungen nach dem
Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG) sowie die Ihnen daraus entstehenden Rechte
möchten wir Sie im Folgenden informieren.

**1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und wer ist
Datenschutzbeauftragte?**

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist das Bundesinstitut für Berufsbildung
(Kontaktdaten: s. Fußzeile).

Die interne Meldestelle wird in Referat Z3 – Recht/Organisationsentwicklung/Büro
Hauptausschuss eingerichtet. Mit der Wahrnehmung der Aufgaben der internen
Meldestelle werden die in Referat Z3 tätigen Volljuristinnen und -juristen betraut.

Die Datenschutzbeauftragte des BIBB ist Frau Fischer-Peters (Anschrift s. Fußzeile;
Datenschutz@bibb.de; 0228 107 2237).

**2. Welche personenbezogenen Daten liegen uns von Ihnen vor und woher stammen
sie?**

Bei Abgabe einer Meldung gehören zu den verarbeiteten personenbezogenen Daten Ihr
Name, Ihre E-Mail-Adresse sowie die Daten, die Sie uns im Rahmen Ihrer Meldung mitteilen.

3. Für welche Zwecke und auf welcher Rechtsgrundlage werden Daten verarbeitet?

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt zum Zwecke der Bearbeitung Ihrer Meldung nach §§ 17, 18 HinSchG (u.a. Prüfung der Meldevoraussetzungen, Ergreifen von Folgemaßnahmen, Information und Rückmeldung über die weiteren Maßnahmen).

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer Daten ist Ihre bei der Meldung erteilte Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO sowie Art. 6 Abs 1 e DSGVO i.V.m. § 10 HinSchG (Erfüllung der in den §§ 13 und 24 HinSchG bezeichneten Aufgaben). Die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten durch die Meldestelle ist nur zulässig, wenn dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist.

Bei der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten beachten wir die datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere die der DSGVO sowie des BDSG.

4. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Ihre Daten werden gemäß § 11 Abs. 5 HinSchG drei Jahre nach Abschluss des Verfahrens gelöscht. Um die Anforderungen nach dem HinSchG oder anderen Rechtsvorschriften zu erfüllen, können die Daten länger gespeichert werden, sofern dies erforderlich und verhältnismäßig ist.

5. Wer bekommt Ihre Daten?

Ihre personenbezogenen Daten erhalten die unter Zi. 1 aufgeführten, mit der Wahrnehmung der Aufgaben der internen Meldestelle betrauten Personen.

Ihre Daten werden ohne Ihre ausdrückliche Zustimmung grundsätzlich nicht weitergegeben. In Ausnahmefällen können Ihre personenbezogenen Daten aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder Auskunftsansprüchen Dritter offengelegt werden. Das gilt insbesondere

- gemäß § 9 Abs. 1 HinSchG, wenn Sie vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige Informationen über Verstöße melden (Falschmeldung),
- gemäß § 9 Abs. 2 HinSchG z.B. in Strafverfahren auf Verlangen von Strafverfolgungsbehörden,
- gemäß § 9 Abs. 3 HinSchG, wenn die Weitergabe für Folgemaßnahmen erforderlich ist und Sie zuvor in die Weitergabe eingewilligt haben oder
- im Rahmen eines Auskunftersuchens nach Art. 15 DSGVO oder zur Erfüllung der Informationspflichten nach Art. 13, 14 DSGVO. Hier können die Daten ggf. an die betroffene Person weitergegeben werden, sofern nicht beispielsweise der Schutz der Rechte und Freiheiten Ihrer Person entgegensteht.

6. Welche Rechte haben Sie als betroffene Person?

Art. 15 bis 22 DSGVO gewähren Ihnen unter bestimmten Voraussetzungen ein Recht auf

- Auskunft (Art. 15 DSGVO),

- Berichtigung (Art. 16 DSGVO),
- Löschung (Art. 17 DSGVO),
- Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO),
- Widerspruch (Art. 21 DSGVO) sowie
- Übertragbarkeit (Art. 20 DSGVO).

Erfolgt die Datenverarbeitung aufgrund einer von Ihnen erteilten Einwilligung, so ist sie für die Zukunft jederzeit widerruflich. Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung auf Grundlage der Einwilligung bis zum Widerruf bleibt unberührt.

Bitte wenden Sie sich zur Geltendmachung der genannten Rechte an die Datenschutzbeauftragte des BIBB (Kontaktdaten s.o. Zi. 1 dieses Schreibens).

7. Wo können Sie sich beschweren?

Sie können sich mit einer Beschwerde an die Datenschutzbeauftragte des BIBB (Kontaktdaten s.o. Zi. 1 dieses Schreibens) oder an den/die Bundesbeauftragte/n für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI, Graurheindorfer Str. 153, 53117 Bonn, bfdi.bund.de, 0228 997799-0) wenden.

8. Werden Ihre Daten an ein Drittland übermittelt?

Wir übermitteln Ihre personenbezogenen Daten nicht an Dritte außerhalb des Geltungsbereichs der DSGVO.

9. Sind Sie verpflichtet, Ihre Daten bereitzustellen?

Es steht Ihnen frei, der Meldestelle Ihre Daten im Rahmen einer Meldung nach dem Hinweisgeberschutzgesetz bereit zu stellen. Eine Meldung ohne Erkennbarkeit Ihrer Identität ist nicht möglich.

10. Inwieweit finden automatisierte Einzelfallentscheidungen oder Maßnahmen zum Profiling statt?

Wir nutzen Ihre personenbezogenen Daten nicht für automatisierte Verarbeitungsprozesse zur Herbeiführung einer Entscheidung.

Für Fragen stehen Ihnen die Ansprechpersonen der internen Meldestelle (meldestelle@bibb.de) und die Datenschutzbeauftragte (Kontaktdaten s.o. Zi. 1 dieses Schreibens) gern zur Verfügung.